

Wie ein Zuger Start-up Fälscher entlarvt

Das Zuger Jungunternehmen Authena hat eine Technologie entwickelt, die Produktfälschungen verhindern soll. Nun hat das Start-up mit Lonza Specialty Ingredients einen Grosskunden geangelt – und eine Finanzierungsrunde steht kurz vor dem Abschluss.

Maurizio Minetti

Tignanello, Sassicaia, Amarone. Italienische Weine lassen die Herzen von Feinschmeckern höher schlagen. Doch nicht immer ist in der Flasche auch drin, was die Etikette verspricht. Ende des vergangenen Jahres hat die italienische Polizei eine kriminelle Bande geschnappt, die zwischen 2016 und 2018 im Tessin etwa 54 000 Flaschen gefälschten Wein in Umlauf gebracht hat. Eines der Opfer war der Surseer Händler Otto's. Eine Million Euro sollen die Fälscher damit verdient haben.

Produktfälschungen sind über alle Kategorien hinweg ein globales Problem. Mit entsprechenden finanziellen Folgen, Reputationschäden und Sicherheitsrisiken für Hersteller und Konsumenten. Matteo Panzavolta will dieses Problem lösen. Der 45-jährige Ingenieur hat 2018 in Zug ein Start-up gegründet, das sich den Kampf gegen Produktfälschungen auf die Fahne geschrieben hat.

Elektronisches Siegel schützt Produkte

Das System von Authena funktioniert so: Ein Produkt, zum Beispiel eine Wein- oder Parfumflasche, wird mit einem NFC-Transmitter versehen, der als elektronisches Siegel fungiert. Damit können Hersteller die Authentizität ihrer Produkte garantieren und in Echtzeit unautorisierte Interaktionen erkennen. Öffnet jemand zum Beispiel eine Flasche, wird dies registriert und kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Verbraucher können die Echtheit der Produkte mit einer App überprüfen. «Unsere Lösung verhindert Betrug auf allen Ebenen», sagt der Italiener, der seit 2009 in der Schweiz lebt. Die von Authena entwickelte Tech-



Authena-CEO Matteo Panzavolta (rechts) und Chief Product Officer Nicola Fantini zeigen eine Anwendung ihrer Technologie.

Bild: PD

nologie zur Nachverfolgung von Lieferketten basiert auf der Ethereum-Blockchain, die ebenfalls in Zug entwickelt worden ist und heute weltweit eingesetzt wird. Das Zuger Blockchain-Ökosystem und die Nähe zum Grossraum Zürich waren die Hauptgründe dafür, dass Panzavolta sein Start-up in Zug angesiedelt hat, sagt er im Gespräch mit unserer Zeitung.

80 italienische und spanische Weinhersteller haben das System im vergangenen Jahr eingeführt. Ein grosser Schweizer Weinhändler sei ebenfalls

«Unsere Lösung verhindert Betrug auf allen Ebenen.»

Matteo Panzavolta
Authena-Gründer

interessiert, verrät Firmengründer Matteo Panzavolta. Doch die Technologie sei auf viele verschiedene Branchen anwendbar. Mit einem grossen Pharmakonzern sei man derzeit im Gespräch. Hier sind Produktumleitungen ein grosses Problem: Gemeint ist damit, dass Kriminelle nationale Preisunterschiede in einem global regulierten Marktumfeld ausnutzen. So werden pharmazeutische Produkte beispielsweise in ein nordafrikanisches Land exportiert und von dort in ein reicheres Land weitergeleitet, um

die volkswirtschaftlich begründeten Preisunterschiede zum eigenen finanziellen Vorteil gegeneinander auszuspielen. Diese Produktumleitungen führen für Konzerne jährlich zu Schäden in Milliardenhöhe.

Auch für Industrie oder Landwirtschaft

In der Maschinenindustrie geht es vor allem um Fälschungen von Ersatzteilen. Panzavolta kennt dies aus eigener Erfahrung, war er doch die letzten 20 Jahre unter anderem bei Industrieunternehmen wie General Electric

und Honeywell tätig, wo er zuletzt als globaler Innovationsverantwortlicher oft mit Fälschungen konfrontiert war.

Kürzlich ist Authena im Bereich Pflanzenschutzmittel eine strategische Partnerschaft mit Lonza Specialty Ingredients (LSI) eingegangen. Dabei handelt es sich um die Spezialitätenchemiesparte des Basler Traditionskonzerns. In einer Mitteilung lässt sich ein LSI-Manager mit der Aussage zitieren, Authena verfüge über die «weltweit beste Lösung zur Bekämpfung von Produktfälschungen». In einem ersten Schritt fokussieren LSI und Authena ihre Zusammenarbeit auf Brasilien, wo rund jedes vierte Landwirtschaftsprodukt gefälscht sein soll. Nach dem Versuch in Brasilien soll Authena Anwendungen in ganz Lateinamerika, in der Schweiz und in weiteren Ländern entwickeln.

2,5 Millionen US-Dollar für die weitere Expansion

Drei Jahre nach der Gründung kann Authena damit schon beachtliche Erfolge vorweisen. Das Zuger Jungunternehmen hat letztes Jahr bei den «Top 100 Swiss Startup Awards» zudem die Publikumsabstimmung gewonnen. Nun möchte Authena durchstarten.

Eine Finanzierungsrunde in der Höhe von 2,5 Millionen US-Dollar stehe kurz vor dem Abschluss, sagt Gründer Matteo Panzavolta. Derzeit beschäftigt das Unternehmen erst eine Handvoll Personen, dafür aber in vielen Ländern wie Italien, Ukraine, Brasilien oder Argentinien. «Wir müssen dort präsent sein, wo unsere Kunden sind», sagt der CEO. Mit dem frischen Geld soll das Team am Hauptsitz in Zug und weltweit in kommerzieller und technischer Hinsicht ausgebaut werden.

Pekings gesetzliche Machtdemonstration

Ein Antisanktionsgesetz soll ausländische Firmen auf Spur bringen. Westliche Vertreter sprechen von einem «Minenfeld».

Die 16 Artikel lesen sich wie eine einzige Warnbotschaft an westliche Unternehmen, die es wagen, sich der Fuchtel der Kommunistischen Partei zu widersetzen. Wie fast alle chinesischen Rechtstexte ist auch das sogenannte Antisanktionsgesetz so vage formuliert, dass es genügend Interpretationsspielraum bereithält, um von der Staatsmacht Pekings je nach Belieben ausgelegt zu werden.

Die Kernaussage lautet: Jedes Individuum oder Unternehmen kann künftig rechtlich belangt werden, wenn es gegen China gerichtete Sanktionen umsetzt. Das wäre beispielsweise der Fall, wenn eine Modemarke – wie zuletzt mit H&M und Adidas geschehen – keine Baumwolle mehr aus Xinjiang bezieht, weil es innerhalb der Zuliefererkette keine Zwangsarbeit ausschliessen kann. Das

blasse Befolgen von EU-Menschenrechtsstandards kann also automatisch zum Rechtsbruch in China führen.

Firmen müssen sich für eine Seite entscheiden

Dementsprechend reagieren westliche Wirtschaftsvertreter mit deutlicher Kritik. «Anstatt rechtliche Klarheit zu garantieren, wird das Gesetz zum Damoklesschwert für jedes Unternehmen, das in und mit China Geschäfte macht», sagt etwa Wolfgang Niedermark vom Bund der Deutschen Industrie (BDI): «Alle Aktivitäten im Ausland, die im Widerspruch mit Chinas wirtschaftlichen und politischen Interessen stehen, werden dadurch zum Minenfeld erklärt.»

Insbesondere europäische Unternehmen geraten damit immer mehr zwischen die Fronten

des geopolitischen Konflikts, den China und die USA austragen. Schon bald werden sich immer mehr Konzerne entscheiden müssen, auf welcher Seite sie stehen. Bestes Beispiel Huawei: Laut US-Sanktionen dürfen Unternehmen, die Chips mit Maschinen aus den Vereinigten Staaten produzieren, nicht mehr an den chinesischen Netzwerkhändler liefern. Deutsche Unternehmen halten sich daran, weil beim Ausschluss vom US-Markt schnell auch mal der Ausschluss vom internationalen Finanzsystem drohen kann. Doch künftig könnte die Entscheidung schwerer fallen, welchen Marktregeln man folgt. Denn in China wird im künftigen Jahrzehnt bis zu einem Drittel des Wirtschaftswachstums weltweit generiert.

Brisant ist auch der Zeitpunkt des Antisanktionsgesetz-

es: Erst im März hat die Europäische Union erstmals seit 1989 Sanktionen gegen chinesische Politiker verhängt, die für die Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang verantwortlich zeichnen. China konterte nicht einmal eine Stunde später mit überproportional schärferen Gegenanktionen – gegen europäische Politiker und Denkfabriken.

«Anstatt auf Deeskalation zu setzen, schafft die chinesische Regierung neue Unsicherheit. Das schadet Chinas Ruf als Investitionsstandort und Handelspartner», sagt Niedermark von der BDI-Geschäftsführung. Vor allem aber beweist es Chinas neues Selbstbewusstsein auf dem globalen Parkett – obwohl es unklar ist, ob die neue Stärke nicht in einer tiefen Verunsicherung wurzelt.

Doch wie wichtig der Parteil-

führung das Antisanktionsgesetz ist, zeigt allein schon das Tempo, mit dem es durch die Institutionen gepeitscht wurde: Erst vor rund zehn Tagen schrieben die Staatsmedien erstmals davon, ohne jedoch konkrete Details preiszugeben. Ende letzter Woche war es dann schon verabschiedet – nach nur zwei Lesungen. Normalerweise werden mindestens drei Sitzungen abgehalten.

Im Jahr 2019 blieb es bei der Drohung

«China hat seinen Werkzeugkasten für die Folterkammer etabliert, aber es noch nicht angewendet. Bislang setzt es vor allem auf Einschüchterung», kommentiert Jörg Wuttke, der als Handelskammerpräsident die Interessen europäischer Unternehmen in China vertritt. Unmittelbar erwartet er keine Auswirkungen auf ausländische

Unternehmen, aber dennoch seien diese höchst irritiert. «Solche Massnahmen sind nicht förderlich, um ausländische Investitionen anzuziehen oder Unternehmen zu beruhigen, die zunehmend das Gefühl haben, als Opferfiguren in einem politischen Schachspiel eingesetzt zu werden», sagt Jörg Wuttke.

Dennoch könnte das Antisanktionsgesetz schlussendlich nicht so heiss gegessen werden, wie es zuletzt medial aufgeköchelt wurde. Denn bereits vor zwei Jahren hat Pekings Staatsführung mit einer schwarzen Liste gegen «unzuverlässige Unternehmen» gedroht, die Chinas nationale Interessen schaden. Doch seither wurde das Gesetz kein einziges Mal angewendet.

Fabian Kretschmer aus Peking